

wie folgt erfolgen: am Christmarktsfest (16. Dez.) von 1 bis 5 Uhr nachmittags, am 4. Adventssonntag (23. Dez.) von 8 bis 12 Uhr vormittags.

Pulsnitz. (Volksschule.) Nur heute um 8 Uhr und morgen um 5 Uhr ist Gelegenheit, die beiden reizenden weihnachtlichen Spiele in der Volksschule zu sehen; eine dritte Aufführung findet bestimmt nicht statt. Der Eintritt kostet 50 Pf.

— (Märchenabend — Turnverein Pulsnitz M. S.) Auf die am Sonntag, den 9. Dezember in Menzels Gasthose stattfindende Märchenaufführung: „Die Glücksuhr“ machen wir noch besonders aufmerksam. Der Verfasser des Stückes ist derselbe wie von dem wohl noch bekannten Stück „Kotkopf Förg“, welches voriges Jahr mehrere Male mit gutem Erfolg im Schützenhaus gespielt wurde. Das Stück selbst führt uns zurück in der Märchenwelt, wo noch gute und böse Geister ihr Wesen trieben. So noch um die Städte hohe Mauern und Tore standen, wo hoch oben unterm Kirchturmdach der alte Türmer nach allen Winden Umschau hielt und noch fahrende Gesellen fröhlich durch deutsche Lande zogen. Ein Stück deutscher Vergangenheit soll dabei wieder lebendig werden. Im genannten Stücke werden Gesang und Reigenpiel mehrmals wechseln, dabei werden die Lichteffekte der Menzelschen Bühne zur Vollenbung des Stückes mit beitragen helfen. In Betracht des großen Stückes, welches ca. 3 Stunden dauert und eingeleitet wird mit einem Tanz-Ballet der Turnerinnen, erstmalig in ihrer neuen Tanzkleidung, hat sich der Verein entschlossen, eine zweite Aufführung am Mittwoch, den 12. Dezember zu veranstalten. Das Stück selbst verspricht einen guten Erfolg, und dürfte wohl zu empfehlen sein, sich rechtzeitig einen Platz zu sichern.

Baugen. 7. Dezember. (Um den Baugner Kupferhammer.) Zur Frage der Wiederinbetriebnahme des Kupferhammers vorm. E. G. Tiehens Eidam teilte Oberbürgermeister Dr. Niedner in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mit, daß man mit Berliner Stellen wegen anderweitiger Verwertung der Fabrikanlagen in Verbindung stehe. Die Stadt hoffe, daß sich eine Firma finden werde, die das Werk übernehme und dort einen neuen Betrieb einrichte. Er habe sich zunächst stark um die Weiterführung des Werkes bemüht, leider habe aber die Strömung die Oberhand gewonnen, die ein Interesse daran hatte, den Kupferhammer stillzulegen. Die einzige Fortführungsmöglichkeit hätte in einer Übernahme durch die Stadt bestanden. Bei rund acht Millionen Schulden und einer Verteilungsquote von 25 1/2 % hätte das aber bedeutet, daß die Stadt selbst zwei Millionen aufwenden mußte, was ihr bei ihrer Finanzlage nicht möglich sei. Es wurde einstimmig ein Antrag angenommen, von der Regierung mit aller Energie Maßnahmen zur Fortführung des Werkes zu fordern.

Schmölln. (Ein gemeiner Racheakt.) In Kummer brannte das Doppelgut des Gutsbesizers Schade bis auf einen Teil des Wohnhauses ab. Der Brand ist durch Brandstiftung entstanden, und als Brandstifter konnte der Kuhfütterer festgestellt werden, der wegen einer Lohnsdifferenz von zwei Mark das Gut abbrannte. Das lebende Inventar konnte bis auf sämtliches Federvieh, ein Schwein und den Hahnen, welcher sich an der Scheune befand, gerettet werden. Die Lösch- und Rettungsarbeiten verjagten die Ortswehr sowie verschiedene Wehren der umliegenden Ortschaften, darunter auch die Stadtfirewehr Schmölln.

Müglitz. (Die älteste Einwohnerin.) Frau Karoline Christiane verw. Grubbe, geb. Weber, die Mutter des Kaffeehausbesizers Oswald Grubbe, feierte in seltener geistiger und körperlicher Frische ihren 95. Geburtstag.

Reichenbach. (Ernennung.) Die Leitung des hiesigen Arbeitsamtes hat jetzt der frühere sozialdemokratische Landtagspräsident Winkler übernommen.

Chemnitz. (Warnung vor einem Schwindler.) Die Chemnitzer Kriminalpolizei macht auf den am 12. August 1897 in Kreiswald geborenen Julius Herwig aufmerksam, der sich unter allerlei unwahren Angaben einmietet und es versteht, Darlehen zu erschwindeln. Er nennt sich auch Hennig und bezeichnet sich stets als Gerichtsaffessor. Nach Ausföhrung eines gesuchten Betruges wechselte er den Ort. Die Kriminalpolizei warnt vor ihm und bittet bei seinem erneuten Auftreten seine Festnahme zu veranlassen.

Dippoldiswalde. (Weihe eines Bezirksverwaltungsgebäudes.) Hier fand die Weihe des vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft erbauten Bezirksverwaltungsgebäudes statt. Nach der Schlüsselübergabe durch die Bauleitung und Eintritt in das neue Gebäude begrüßte Amtshauptmann Edler von der Planitz die Erschienenen und gab einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Baues. Der Bau, dessen Planung von der Landesföhdung stammt, paßt ausgezeichnet in das prächtige Stadtbild von Dippoldiswalde. Dies kam auch zum Ausdruck bei den zahlreichen Beglückwünsungen, die Kreisshauptmann Buch eröffnete.

Freital. (Weißeritz-Talperrengenosenschaft.) In Hainsberg fand eine Genossenschaftsversammlung statt, der der Jahresbericht und die Bilanz per 31. März 1932 vorgelegt wurde, die mit 3599 655 Mark abschließt. Oberbürgermeister Klimpel aus Freital begründete sodann einen Antrag auf Auflösung und Liquidierung der Genossenschaft. Da die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Genossenschaftsmitglieder nicht erreicht wurde, konnte über den Antrag nicht abgestimmt werden. Es wurde beschlossen, binnen drei Monaten eine zweite Versammlung einzuberufen, in der über die Auflösung endgültig Beschluß gefaßt werden soll.

Bärenstein b. Annaberg. (150 Gänse beschlagnahmt.) Hiesige Grenzbeamte konnten Schmuggler mit einer Fahre von 150 lebenden Gänsen und einem großen Posten Fische überraschen. Die schnatternden Weihnachtstraten sollten unverzollt über die Grenze gebracht werden, versielen aber nun der Beschlagnahme.

Um den politischen Kurs des Zentrums.

Starke Widerstände gegen eine zu große Bindung an die Sozialdemokratie auf dem Kölner Parteitag.

Köln. Zu dem Reichsparteitag des Zentrums, der am Sonnabend begann, trafen die führenden Persönlichkeiten der Partei, wie Marx, Wirth, Stegerwald, Brauns, Klöckner, Joos usw., bereits am Donnerstag ein. Im Vordergrund des Parteitages steht die Wahl des neuen Parteivorstandes; aber auch andere wichtige schwebende Fragen werden auf dem Parteitag behandelt werden. Der Parteivorstand trat bereits am Donnerstag zum ersten Male zusammen. Es wurde offiziell Kenntnis gegeben von dem Rücktritt des Reichskanzlers a. D. Marx vom Vorsitz. Mit Bedauern nahm der Vorstand von dem Rücktritt Marx Kenntnis.

Man trat dann in eine Besprechung über die Frage des Nachfolgers ein. Wie man hört, hat Stegerwald immer noch die meiste Aussicht, Parteivorstand zu werden. Es fehlt aber auch nicht an Stimmen, die die Kandidatur Stegerwalds bekämpfen. Am liebsten würde man eine Persönlichkeit wählen, die weder den Beamten, Arbeitern noch Wirtschaftskreisen angehört. So würde man vielleicht auch dem früheren Reichskanzler Dr. Wirth das Amt anvertrauen, wenn die Differenzen Wirths mit der Partei schon früher ausgeräumt gewesen wären. Bei der Wahl des Vorsitzenden wird auch die Frage, ob man das Amt des Vorsitzenden der Partei mit dem der Fraktion vereinigen soll, eine wesentliche Rolle spielen. In einer Delegiertenversammlung soll es zu einer heftigen Aussprache gekommen sein über die Richtung des Zentrums, namentlich sollen Delegierte aus dem Rheinland scharfe Kritik an der Partei wegen ihrer Einstellung zur Sozialdemokratie geübt haben.

Die katholische Jugend fordert Rückkehr zur Weltanschauungspartei.

Düsseldorf. Das „Düsseldorfer Tageblatt“, Parteiblatt des Zentrums, schreibt u. a.: „Angeichts der Tatsache, daß seit dem Jahre 1918 in fortschreitendem Maße rein materiell gerichtete Interessengruppen im Zentrum Boden und Einfluß gewonnen haben, bangt die christliche Jugend darum, ob die Zentrumspartei ihre Aufgabe und damit ihre Zukunft erkennt. In der Wahl des Parteiführers durch den Reichsparteitag wird sich die Zukunft der Zentrumspartei entscheiden. Wenn der Parteitag erkennt, daß die geistige und politische Situation, in der sich das Zentrum, eingeteilt zwischen Liberalismus und Kommunismus, befindet, die schärfste Herausarbeitung des eigenen Wesens erfordert, dann wird er zum Parteiführer nur einen Mann erwählen können, der über die Gruppen-gemeinschaft, von der er ausging, hinausgewachsen ist, neben allgemeiner Anerkennung eines Führers des Zentrums-partei tragenden katholischen Volkes. Denn seine Aufgabe, zumal in der gegenwärtigen Lage der Partei, ist es, die im christlichen Volk lebendigen weltanschaulichen Kräfte zu wecken und zu sammeln und den politischen Willen dieses Volkes zu eindeutiger Betätigung und zu klarer, politischer Zielsetzung zu formen.“

Der unproduktive Parlamentarismus

Drei bzw. vier Tage lang haben etwa 1200 Abgeordnete sächsischer Gemeinden in Dresden zum sogenannten Sächsischen Gemeindegottes am Sonnabend bis Dienstag zusammengefaßt. Von gewisser Seite wurde dieser Tag stolz das Parlament der Gemeinden genannt. Die mehrtägigen Verhandlungen tragen denn auch alle Kennzeichen des neuzeitlichen Parlamentarismus: Festessen, Festvorstellung, Fraktionsitzungen, Tumultszüge, Unterbrechung der Verhandlungen, Abstimmen durch Hammelfsprung und schließlich die bekannte Flucht eines großen Teils der Abgeordneten vor den endgültigen Abstimmungen. Wirklich Positives für die Gemeinden ist nach dem Urteil vieler erfahrener Kommunalpolitiker aus der Tagung überhaupt nicht hervorgegangen. Eine gemeinsame Auffassung aller Abgeordneten über die pflichtmäßigen Aufgaben eines Gemeindevorstandes ist bei keiner der behandelten Fragen zutage getreten. Ob man nun über die Verwaltungsreform, über den Finanzausgleich oder über die Finanznot der Gemeinden sprach — alles wurde nur rein parteipolitisch u. parteimäßig behandelt, genau so, wie sie dann in dem Landes- oder Reichsparlament, die für die endgültige Entscheidung zuständig sind, werden behandelt werden.

Der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Blüher faßte in seiner Schlussansprache aus, daß man „mit einer gewissen Befriedigung“ auf den Verlauf dieses Gemeindegottes zurückblicken könne. Vorstichtler konnte die Formulierung kaum gewählt werden, und trotzdem wird sich ihr die Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten noch nicht anschließen können. Was dieser Sächsische Gemeindegottes für die Sozialdemokratie bedeutet, das kennzeichnet die „Dresdner Volkszeitung“ sehr gut mit folgendem Satze: „Diese wichtigste Tagung sächsischer Kommunalpolitiker aller Richtungen wurde durch das Zielbewußtsein der Sozialdemokratie zu einer Stuppe auf dem Wege zu jener endgültigen Machtstellung, die der sächsischen Sozialdemokratie in dem industriellen Sachsen entsprechend ihrer Stärke und Bedeutung gebührt.“

Das war der Zweck des Sächsischen Gemeindegottes. Um seinetwillen mußten die sächsischen Gemeindegottes 1200 Abgeordnete 3—4 Tage lang nach Dresden schiden und dafür insgesamt weit über 100000 Reichsmark für Reisekosten und Diäten ausgeben. Deshalb wird die „gewisse Befriedigung“ sich bestimmt nur auf einen Teil der Abgeordneten erstrecken haben, in den Gemeinden draußen aber sicher keinen Widerklang finden.

Die Pfalz darf kein Handelsobjekt sein.

Eine Pfälzertundgebung zur Reparationsfrage.

Berlin. In der Reichshauptstadt fand zum Gedächtnis der zehnjährigen Besetzung der Pfalz eine von tiefem vaterländischen Geist erfüllte Gedenkfeier statt. Als Vertreter des Reichskanzlers war Ministerialrat Felsler erschienen, ferner bemerkte man Vertreter der bayerischen Staatsregierung und den Chef der Seeresleitung, General Sepe. Chefredakteur Franz Hartmann, Neustadt und Oberbürgermeister Dr. Weiß-Ludwigshafen entrollten ein Bild von den Besatzungsleiden der Pfalz, angefangen vom Einrücken der Besatzungstruppen und dem Bemühen des Generals Gérard, die Pfalz durch Verlockungen für Frankreich zu gewinnen, über die dann einsehende Gewalt Herrschaft des Generals de Metz und die Greuel der Separatistenherrschaft bis zur Wiederkehr besserer Verhältnisse unter dem Regime der neuangelegten Pfalzregierung. Oberbürgermeister Dr. Weiß schloß seine Rede mit folgenden Worten: In seltener Einmütigkeit fordert das gesamte pfälzische Volk seine Freiheit immer

lauter und lauter. Diese Bewegung ist nicht, wie die Franzosen sagen, von Beamten gemacht, sondern eine elementare Volksbewegung. Wir bitten nicht um rascheste Räumung, wir fordern sie als unser gutes Recht. Frankreich hat das dringende Bedürfnis nach einer Regelung der Reparationsfrage. Es möchte die damit verbundenen Interessen eintauschen gegen eine vorzeitige Räumung.

Demgegenüber erklären wir im besetzten Gebiet in voller Einmütigkeit: So heiß wir die volle Freiheit ersehnen, so sehr lehnen wir es ab, daß unsere Freiheit zum Handelsobjekt gemacht wird. Wenn Frankreich uns die Freiheit jetzt nicht geben will, so bitten wir die Reichsregierung dringend, sich auf keinerlei Bedingungen einzulassen.

„O Straßburg, o Straßburg...“

Berlin. Die Berliner Ortsgruppe des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich hatte zur Feier ihres zehnjährigen Bestehens geladen. Das Rednerpult und das Podium waren mit den elsässischen Landesfarben Rot-Weiß geschmückt, und auf dem Podium saßen junge Mädchen in den schmunzigen Landestrachten der Elsaßerinnen und Lothringerinnen. Staatsminister a. D. Dominikus, ein Mitbegründer des Hilfsbundes, erinnerte in seiner Gedekrede an die Tage schwerster Not und größter Erniedrigung, als 150000 Elsaßer und Lothringer aus ihrer Heimat, von Haus und Hof vertrieben wurden und im alten Vaterlande nach einer neuen Existenz suchen mußten. Er sprach von den heutigen Zuständen im Elsaß, wobei er betonte, daß sich die Elsaßer und Lothringer im Reich durch keine Gewalt das Recht der persönlichen Anteilnahme an dem Schicksal der alten Heimat nehmen ließen. Stehend sang zum Schluß die Versammlung das alte Volkslied: „O Straßburg, o Straßburg...“

Senkung der Steuern dringend gefordert.

Berlin. Der Hauptausschuß des Industrie- und Handeltages trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Mendelssohn zusammen. Im Vordergrund der Tagung standen wichtige wirtschaftspolitische und sozialpolitische Fragen. Die allgemeine Kapitalknappheit hat insbesondere im Zusammenhang mit der Reparationsbelastung für Deutschland eine Kreditverteuerung auf nahezu das Doppelte anderer großer Länder zur Folge. Hierin liegt die stärkste Ursache der Notlage der Landwirtschaft, aber auch eine überaus starke Beengung der gewerblichen Wirtschaft. Um so notwendiger ist es, die Steuerbelastung mit der Leistungsfähigkeit der gewerblichen Betriebe wieder in Einklang zu bringen. Es bedarf daher endlich einer planmäßigen Senkung der Steuern, weil sonst keine Aussicht bestehe, der deutschen Volkswirtschaft das ihrer Arbeitskraft entsprechende Kapital zu verschaffen und zu erhalten, die innere Kaufkraft zu stärken und Gütererzeugung und Ausfuhr zu beleben. Auch wenn im Haushaltsjahr 1932 die Reparationslasten steigen und manche bisherige Einnahmeposten wegfallen, wird doch Steuer-senkung mit Entschlossenheit durch alle irgendwie möglichen Ausgabeminderungen angestrebt werden müssen.

Hugenbergs Programm.

Hannover. In einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Wienbeck über „Die politische Bedeutung der Wahl Hugenbergs zum Parteivorstand“. In einer großen Versammlung des Wirtschaftsbundes sei gesagt worden, es sei allein richtig, die Stresemannpolitik zu verfolgen, und doch habe selten eine Politik einen derartigen Zusammenbruch erfahren, wie diejenige Stresemanns. Einer der ersten, die das vorausgesehen hatten, sei Hugenberg gewesen. Für die Objektivität Hugenbergs spreche, daß er für eine Revision des Dawesplanes nur zu haben sei, wenn damit nicht der Transferschutz verloren gehe, was die vollkommene Versklavung Deutschlands zur Folge haben müsse.

Man habe Hugenberg zum Vorwurf gemacht, daß er ein Feind der Arbeiterschaft sei, während er selbst erklärte, keines Berufsstandes Feind, aber in erster und letzter Linie Deutscher zu sein. Was er ablehne, sei die Belastung des Arbeitgebers in einer Weise, daß seine Existenz untergraben werde, und zwar nicht nur die des Arbeitgebers, sondern in gleicher Weise diejenige des Arbeitnehmers.

Sieg Amanullahs über die Aufständischen.

London. König Amanullah soll die Aufständischen bei Dschellahabad entscheidend geschlagen haben. Der König will aber seinen Sieg über die Bergvölker, die völlig zersprengt worden sind, nicht ausnutzen, da er immer noch hofft, sich auf gütlichem Wege mit ihnen zu einigen.

Nach dem am Freitag vorliegenden Bericht war die Lage König Amanullahs ernst. Von dem Führer der Aufständischen bei dem Angriff auf Dschellahabad war auf den Kopf Amanullahs eine Bombe ausgeföht worden. Die Hauptstadt Kabul galt als ernstlich bedroht, da ihr jede Zufuhr abgeschnitten war. Infolgedessen konnte der britische Gesandte in Afghanistan, Humphreys, seinen Weihnachtswahl bis jetzt nicht antreten.

Die Kämpfe in Afghanistan

London, 8. Dezember. Wie aus Peshawar berichtet wird, sind im Verlauf der Kämpfe zwischen afghanischen Rebellen und Regierungstruppen tausend Rebellen getötet worden. Andere Berichte sprechen sogar von mehreren tausend Toten. Die Regierungstruppen haben die wichtigsten Punkte der Rebellen mit Bomben beworfen und drei Rebellenzentren umstellt. Die Operationen halten im Augenblick noch an.

Wie aus Kabul amtlich gemeldet wird, ist am Donnerstag im Kampf gegen die aufständischen Truppen der Sohn des Befehlshabers der afghanischen Truppen, Miraman Khan von den Aufständischen gefangen genommen und erschossen worden. Die Aufständischen haben versucht, die Stadtmaner in Jallalabad zu sprengen. Die Regierungstruppen haben aber den Angriff der Aufständischen zurückgeschlagen.

Man ist mit dem Gesundheitszustand König Georgs zufrieden.

London. Am Freitag wurde um 11.30 Uhr, beträchtlich später als sonst, das Morgenbulletin herausgegeben. Es lautet: Der König hat einige Zeit ruhig geschlafen.